

PETER J. OPITZ (Hrsg.)

China – zwischen Weltrevolution und Realpolitik

Ursachen und internationale Konsequenzen der amerikanisch-chinesischen Annäherung, Verlag Ernst Vogel, München, 1979, 323 Seiten, 38,- DM

Die Außenpolitik der VR China trat mit dem Ende der Kulturrevolution, die eine fast totale Selbstisolation Chinas gebracht hatte, in eine neue, aktive Phase ein. Übereinstimmend ist dabei der Beginn des Normalisierungsprozesses in den Beziehungen zwischen China und den Vereinigten Staaten als eine entscheidende Zäsur gewertet worden, als die „große Wende“ in der chinesischen Außenpolitik, welche die Neuorientierung Chinas zum Westen einleitete. Das vorliegende Buch versucht, sieben Jahre nach der Chinareise Präsident Nixons im Februar 1972 Bilanz zu ziehen. Die für das Jahr 1977 geplante Publikation wurde um zwei Jahre hinausgeschoben – eine, wie der Herausgeber, der Münchner Politikwissenschaftler Peter J. Opitz, zu Recht schreibt, durchaus sinnvolle Verzögerung, brachten doch die Jahre 1978 und 1979 wichtige neue Entwicklungen, insbesondere die zum 1. Januar 1979 vollzogene Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und China, die den Prozeß der Annäherung zu einem vorläufigen Abschluß führte. Die Aktualität der Beiträge konnte dennoch nicht immer gewahrt bleiben, ein so wichtiges Ereignis etwa wie der Einmarsch chinesischer Truppen in Vietnam im Februar 1979 wurde nur am Rande berücksichtigt.

Opitz sieht in der Annäherung an die USA keinen Bruch mit den Prinzipien der chinesischen Politik. Eine Normalisierung der Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz sei von der chinesischen Führung nie ausgeschlossen worden. Vor dem Hintergrund des Konfliktes mit der Sowjetunion sei die Annäherung an die USA nur konsequent gewesen, überwand sie doch die für China bedrohliche Situation der „gleichzeitigen Konfrontation mit beiden ‚Supermächten‘“ (S. 16). Der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR 1968 sei dann auch weniger, wie zumeist angenommen, das traumatische Schlüsselerlebnis gewesen, das zu einer Neuformulierung der chinesischen Außenpolitik geführt habe, als vielmehr der Anlaß, die geplante außenpolitische Wende tatsächlich zu vollziehen. In Präsident Nixon hatten die Chinesen zudem einen Verhandlungspartner, der die Aussöhnung mit China zum vorrangigen außenpolitischen Ziel seiner Präsidentschaft machte, mit dessen Verwirklichung er als Friedensstifter in die Geschichte eingehen wollte.

Marie-Luise Näth konstatiert überraschenderweise günstige Auswirkungen der amerikanisch-chinesischen Annäherung auf die sowjetische Diplomatie, die durch den „Einzug des Entspannungsklimas in Asien“ (S. 40) an Spielraum gewonnen habe. Hinter der Geste der Entspannungspolitik (Propagierung eines kollektiven Sicherheitssystems für Asien) verberge sich jedoch eine „militante Konfrontationsbereitschaft“. Nachdem schon das Ende des Vietnamkrieges die „Zerfallserscheinungen in der weltpolitischen Widerstandsmoral der USA“ (S. 41) deutlich gemacht habe, seien die USA durch die „Preisgabe“ Taiwans im Zuge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China „mit einem Schlage erpreßbar geworden“ (S. 52). In der sowjetischen Wahrnehmung sei die amerikanische Chinapolitik von „moralischer Schwäche“ und „politischer Bestechlichkeit“ geprägt.

Die Auswirkungen des „Nixon-Schockes“ auf die japanische Außenpolitik schildert Ulrich Keiner. Nach anfänglichem Befremden über die abrupte politische Kehrtwendung des Verbündeten habe die japanische Regierung, unterstützt von einer „China-Euphorie“ in der Bevölkerung, ihre Chinapolitik aktiviert und innerhalb kürzester Zeit die Beziehungen zur VR China normalisiert. Nicht zuletzt hätten hochgesteckte wirtschaftliche Erwartungen bei

dem raschen Kurswechsel der japanischen Außenpolitik eine Rolle gespielt. Mit dem Abschluß des chinesisch-japanischen Friedens- und Freundschaftsvertrages unter Einbeziehung der eindeutig gegen die Sowjetunion gerichteten „Antihegemonieklausel“ habe Japan endgültig seine Politik der „Äquidistanz“ zugunsten Chinas aufgegeben.

Die amerikanisch-chinesische Annäherung verschaffte auch den Regierungen Westeuropas einen größeren Spielraum in der Gestaltung ihrer Beziehungen zur VR China. Peter J. Opitz schildert den grundlegenden Wandel des chinesisch-westeuropäischen Verhältnisses seit Beginn der 70er Jahre. China messe den Staaten Westeuropas eine eminent wichtige politische und wirtschaftliche Rolle als Gegengewicht zu den beiden „Supermächten“ USA und Sowjetunion bei. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Potenz bildeten sie aus Pekingischer Sicht das „strategische Zentrum“ im Ringen der Supermächte um die Weltherrschaft. Die Bedrohung gehe allerdings stärker von der Sowjetunion aus; eine amerikanische militärische Präsenz im Rahmen des Atlantischen Bündnisses werde von China denn auch durchaus begrüßt.

Während Präsident Nixon China besuchte, tobte noch der Indochinakrieg. Das Shanghai-Kommuniqué, so Oskar Weggel, schuf die Voraussetzungen für das amerikanisch-vietnamesische Waffenstillstandsabkommen vom 27. Januar 1973 und leitete damit die „Entamerikanisierung“ des Indochinakonfliktes ein. Nachdem in Indochina zunächst die Chance für eine „interregionale Außenpolitik“ bestanden habe, seien mit der Anbindung Vietnams und Laos' an die Sowjetunion sowie der engen Anlehnung Kambodschas an China schnell wieder Großmachtinteressen ins Spiel gekommen. (Auf S. 98 hat sich bei Weggel ein Versehen eingeschlichen: Die VR China wurde in den Jahren 1977/78 natürlich nicht zum Hauptverbündeten des Lon-Nol-Regimes, sondern der Regierung Pol Pot.)

Gerd Simon untersucht die Frage, ob der Nixon-Besuch in Peking einen „Wendepunkt“ in der chinesischen Außenpolitik und eine Aufgabe weltrevolutionärer Ziele zugunsten einer an nationalstaatlichen Interessen orientierten Realpolitik markierte, anhand einer Fallstudie über die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zu Thailand. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die chinesische Außenpolitik von einem hohen Maß an Kontinuität geprägt ist, daß für die chinesische Führung die beiden scheinbar gegensätzlichen Prinzipien des „proletarischen Internationalismus“ und der „friedlichen Koexistenz“ in ihrer Politik gegenüber Thailand durchaus vereinbar waren. Zu Recht warnt Simon vor voreiligen Etikettierungen und betont, daß eine Bestimmung der chinesischen Außenpolitik „nur auf der Grundlage einer Analyse des inneren Systems der Volksrepublik China“ erfolgen kann (S. 121).

Die chinesische Führung nahm seit der Annäherung an die USA eine zunehmend positivere Haltung zu den Neutralitätsplänen der ASEAN-Staaten ein. Hierauf weist Gerd Kaminski hin. China sei um die Stabilität dieser Region besorgt, nachdem der Abzug der USA ein politisches Vakuum hinterlassen habe, das die Sowjetunion zu füllen bestrebt sei. Die UdSSR bediene sich dabei ihres engen Verbündeten Vietnams, dessen „freundlichere“ Haltung zu den ASEAN-Staaten und ihren Neutralitätsplänen denn auch eher taktischer Natur seien. China hingegen habe schon seit längerem Interesse an der Gestaltung eines klassischen Gleichgewichtssystems in Südostasien gezeigt.

Hinsichtlich Koreas konstatierte das Shanghai-Kommuniqué vom 28. Februar 1972 die fortbestehenden Gegensätze in den Auffassungen Chinas und der USA. Dennoch brachte die Annäherung zwischen den beiden Ländern Bewegung in die erstarrten Fronten auf der koreanischen Halbinsel. Der politische Dialog, der sich 1972 zwischen Nord- und Südkorea entspann, versandete jedoch innerhalb weniger Monate wieder. Die „gesamtnationale Euphorie verschwand (. . .) mit dem gleichen Tempo, mit dem die Schockwirkung der amerikanisch-chinesischen Annäherung die feindlichen Brüder nähergebracht hatte“ (M. Y. Cho, S. 154).

Nachdem die VR China im Nahen Osten bis Anfang der 70er Jahre nur eine „marginale Rolle“ (Udo Steinbach, S. 164) gespielt hatte, wurde sie nach der Aufnahme in die UNO und nach der Reise Nixons für die Staaten der Region zu einem zunehmend wichtigeren Faktor. Steinbach spricht von einem „renversement des alliances“ Pekings, das seine rückhaltlose Unterstützung von Befreiungsbewegungen, wie etwa der PFLOAG in Oman, zugunsten der Anerkennung konservativer, ja reaktionärer Regimes aufgegeben habe. Eine Schlüsselrolle in den sicherheitspolitischen Konzeptionen Chinas habe der Iran unter dem Schah gespielt. Obwohl China von den Rückschlägen der Sowjetunion in Ägypten und Somalia profitiert habe, habe es sich gezeigt, daß seine Unterstützung weitgehend verbal-politisch bleiben mußte, weil ihm die Möglichkeit wirksamer wissenschaftlicher und militärischer Hilfe fehlte.

Hatten die Chinesen in den 60er Jahren Afrika noch „reif für die Weltrevolution“ erklärt, so sieht Detlef Bald gegenwärtig in der „Anti-Moskau-Haltung“ das dominierende Element der chinesischen Politik. Die hierin begründete Gemeinsamkeit politischer Interessen mit den USA habe in einigen Fällen, etwa bei der Unterstützung der FNLA in Angola, zu einer „begrenzten Kooperation“ zwischen den beiden Mächten geführt. Ähnlich wie Steinbach für den Nahen Osten sieht auch Bald hinsichtlich Afrikas ein „renversement des alliances“. Befreiungsbewegungen würden nur noch dann unterstützt, wenn sie sich auch gegen den sowjetischen Einfluß in Afrika richteten. Die an den eigenen nationalen Interessen orientierte Machtpolitik Chinas berge allerdings die Gefahr, daß China als Land der Dritten Welt bei den Staaten Afrikas an Glaubwürdigkeit verliere.

Das Forum, auf dem die VR China ihre Solidarität mit der Dritten Welt am wirkungsvollsten artikulieren kann, sind seit der Aufnahme Chinas 1971 die Vereinten Nationen. Allerdings hat es China bei aller verbalen Unterstützung der Forderungen der Entwicklungsländer, etwa in der Frage der Errichtung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, an konkreter Hilfe in Einzelfragen oft mangeln lassen. Die eigene wirtschaftliche Schwäche, so formuliert es Rita Renner, läßt China als eine „Anti-Großmacht“ erscheinen, „die nur negativ argumentieren, aber keine substantiellen Beiträge liefern kann“ (S. 210).

Die südasiatischen Staaten reagierten auf die chinesisch-amerikanische Annäherung, je nach Lage der eigenen Sicherheitsinteressen, unterschiedlich. Während Pakistan, langjähriger Verbündeter sowohl der USA als auch Chinas, sich in seiner außenpolitischen Orientierung bestärkt sah, reagierte Indien mit einer noch stärkeren Anlehnung an die Sowjetunion (Abschluß des indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages am 9. August 1971, unmittelbar nach der Ankündigung von Nixons Chinareise). Dagmar Gräfin Bernstorff zitiert Berichte, nach denen China als Folge der Zündung eines atomaren Sprengsatzes durch Indien 1974 Pakistan neben verstärkter Waffenhilfe auch Kooperation im nuklearen Bereich angeboten habe (vgl. S. 230). Mit der Regierungsübernahme durch die Janata-Partei in Indien 1977 bahnte sich eine Normalisierung des indisch-chinesischen Verhältnisses an. Der Besuch des indischen Außenministers Vajpayee im Februar 1979 endete jedoch mit einem Eklat, denn noch während er in China war, marschierten chinesische Truppen in Vietnam ein, dem engsten Verbündeten der Sowjetunion in Südostasien, zu dem auch Indien gute Beziehungen unterhält.

Am unmittelbarsten betroffen von der Annäherung zwischen China und den USA war Taiwan. Präsident Carter vollzog mit der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen zu Peking Ende 1978 den überfälligen Schritt, der in der Entwicklung seit 1971 angelegt war. Joachim Glaubitz hebt die alles in allem moderate Reaktion der Regierung Taiwans auf die amerikanische Anerkennung der Regierung der VR China als der einzig rechtmäßigen Regierung Chinas hervor. Taiwan sei sich der Bedeutung seiner – nunmehr inoffiziellen – Beziehungen

zu den USA bewußt. Obwohl Taiwan erfolgreich versucht habe, „traditionelle Formen der Diplomatie durch intensive Handelsbeziehungen zu ersetzen“ (S. 252), werde es letztlich nicht umhin können, seine „Politik der undifferenzierten Verweigerung“ gegenüber den Verhandlungsangeboten der Pekingener Regierung aufzugeben, damit den „grundlegenden Veränderungen im Beziehungssystem der asiatisch-pazifischen Mächte“ (S. 253) des vergangenen Jahrzehnts Rechnung tragend.

Es ist dem Herausgeber und den Verfassern gelungen, mit dem vorliegenden Band einen Überblick über die wichtigsten Problembereiche der chinesischen Außenpolitik der 70er Jahre zu geben. Denkbaren Einwänden, die sich gegen die oft mangelnde Aktualität der Einzelbeiträge sowie den Verzicht auf Detailanalysen richten könnten, ist der Herausgeber im Vorwort mit dem Hinweis auf den vorgegebenen Umfang sowie den ursprünglich geplanten Publikationstermin entgegengetreten. Zu bedauern ist, daß Latein- und Mittelamerika unberücksichtigt blieben, hat sich doch auch gerade hier in den letzten Jahren der sino-so-wjetische Konflikt politisch spürbar ausgewirkt.

Das Buch wendet sich ausdrücklich nicht an den Fachmann, sondern an den interessierten Laien. Diesem bietet es in der Tat, nicht zuletzt dank der bibliographischen Hinweise in den Einzelbeiträgen sowie den im Anhang aufgeführten Dokumenten, einen guten Einstieg in die Probleme und Entwicklungslinien der chinesischen Außenpolitik der Gegenwart.

Matthias Naß

DAVID M. ENGEL

Code and Custom in a Thai Provincial Court.

The Interaction of Formal and Informal Systems of Justice

University of Arizona Press (Association of Asian Studies Monograph XXXIV), XIV, 230 S., Tucson 1978

In der wachsenden Literatur empirischer Studien über die Rechtspraxis in afrikanischen und asiatischen Ländern mit ihrer Gemengelage von rezipiertem (bzw. oktroyiertem) und autochthonem Recht stellt Engels Studie über die Rolle eines nord-thailändischen Provinzgerichts im Konfliktverhalten der Bevölkerung eine willkommene Bereicherung dar. Der Autor bringt in die Studie sowohl juristische wie sozialwissenschaftliche Kompetenz ein, vor allem aber auch eine intime, auf mehrjährigem Leben vor Ort basierende Kenntnis der thailändischen Kultur. Auf dieser Basis gelingt ihm eine sehr lebendige Schilderung (vgl. etwa S. 13 ff.), die es – wie es von ethnologischen Forschungen generell zu fordern ist – auch dem Leser, der die Felderfahrungen des Autors nicht wiederholen kann, erlaubt, sich ein plastisches Bild von den rechtlichen Vorgängen zu machen, und sie für die vergleichende Theoriebildung auszuwerten.

In dieser Hinsicht ist besonders bemerkenswert, daß in Thailand, wie auch in anderen asiatischen Kulturen, die Austragung von Konflikten gesellschaftlich und kulturell (vor allem unter dem Einfluß des Buddhismus) eher verpönt ist: Internalisierung ist die wichtigste Form des „Konflikt“verhaltens (S. 57 ff.). Kaum eine Rolle spielt hingegen die in anderen Kulturen vielleicht wichtigste Form nicht-richterlicher Streiterledigung, die Austragung des Konflikts unmittelbar zwischen den Beteiligten, es müssen vielmehr Dritte eingeschaltet werden, und zwar in der stark hierarchisierten und klientelistischen thailändischen Gesellschaft typischerweise höergestellte Dritte (S. 69 ff.).

Dabei ergibt sich die Ebene der Schlichtungstätigkeit aus dem von Engel als „cross over point“ (S. 75 f.) bezeichneten Punkt, an dem sich die hierarchischen Beziehungen, in denen